

22.02.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4559

Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen

Berichtersteller

Abgeordneter Josef Neumann

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 18/4559 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.02.2024/Ausgegeben: 22.02.2024

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“, Drucksache 18/4559, wurde durch das Plenum am 14. Juni 2023 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Integrationsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Gleichzeitig lag den beiden Ausschüssen auch ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD „Fachkräftemangel jetzt wirksam bekämpfen! – Das Potenzial von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte besser nutzen.“, Drucksache 18/4670, vor.

B Beratung

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat am 8. November 2023 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt. Der mitberatende Integrationsausschuss hat sich an dieser Anhörung beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
DGB Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/982
Handwerkskammer Düsseldorf und Köln	18/989
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V. Münster	18/994
Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/995
Deutsche Rentenversicherung Rheinland Düsseldorf	18/997
IHK Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	18/1012
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts- pflege des Landes Nordrhein Westfalen Wuppertal	18/1017
educaro Deutschland GmbH Düsseldorf	18/1020

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 8. November 2023 liegt als Ausschussprotokoll 18/396 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 17. Januar 2024.

Die Fraktion der CDU erklärte, vieles sei schon unternommen worden, um die Arbeitsmarktsituation zu verbessern. Gleichwohl könne man an der ein oder anderen Stelle noch optimieren: Die Berufsanerkennung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sei beispielsweise ein Schritt um möglichst früh Potenziale für den Arbeitsmarkt zu erkennen.

Die Fraktion der SPD betonte, die Anerkennungsproblematik und „zähen“ rechtlichen Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen – beispielsweise bei Ärzten und Pflegekräften – seien hinlänglich bekannt. Eine Aufstockung von Personalstellen zur Berufsanerkennung begrüße sie.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstrich, die Not an Arbeits- und Fachkräfte sei bekannt. Eine schnelle, barrierefreie und möglichst frühzeitige Unterstützung der potenziellen Kräfte sei notwendig.

Die Fraktion der FDP hob hervor, die Anhörung habe u.a. gezeigt, dass Mitarbeiterschulungen, Digitalisierung und Maßnahmen im Prozessmanagement in der Verwaltung mögliche Ansatzpunkte seien.

Die Fraktion der AfD erläuterte, die Sachverständigen hätten an mehreren Stellen Verbesserungspotential aufgezeigt und den Abbau von Bürokratie (-abläufen) angesprochen. Ihrer Ansicht nach sei in der Anhörung darauf hingewiesen worden, dass eine schnellere Bearbeitung von Anträgen nicht zu Lasten der Gründlichkeit gehen dürfe.

Für die Landesregierung führte Minister Josef Laumann aus, dass der Staat für die Berufsanerkennung von staatlich reglementierten Berufen zuständig sei, beispielsweise bei „Pflegekräften, Ärzten, Erziehern“. Im privatwirtschaftlichen Bereich liege die Zuständigkeit für die Frage der Berufsanerkennung bei den Kammern. Herr Minister Laumann verwies auf den Bericht der Landesregierung „10. Bericht zum Anerkennungsgesetz Nordrhein-Westfalen“ (Vorlage 18/2087).

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/467 verwiesen.

Der mitberatende Integrationsausschuss votierte mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP und bei Abwesenheit der Fraktion der AfD für eine unveränderte Annahme des Antrags, Drucksache 18/4559.

Über den Antrag, Drucksache 18/4559, wurde im federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der 46. Sitzung am 21. Februar 2024 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktion der FDP unverändert angenommen.

Über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/4670, war nicht abzustimmen.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt, den Antrag „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“, Drucksache 18/4559, unverändert anzunehmen.

Josef Neumann
Vorsitz